

Stand: 18.05.2026 15:11:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7616

"Bayerns Erster Bürgerrat: Coronapandemie gemeinsam aufarbeiten, Gräben schließen und für die Zukunft vorbereiten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7616 vom 17.07.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8645 des GP vom 07.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 13.11.2025
4. Beschluss des Plenums 19/9954 vom 10.02.2026
5. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 10.02.2026



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Florian Siekmann** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayerns Erster Bürgerrat: Coronapandemie gemeinsam aufarbeiten, Gräben schließen und für die Zukunft vorbereiten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Einbindung des Landtags einen Bürgerrat einzurichten, der sich mit den Folgen der Coronapandemie in Bayern, der Evaluation der ergriffenen Maßnahmen sowie der konzeptionellen Vorbereitung auf etwaige zukünftige Epidemien befasst. Das Zustandekommen und die Zusammensetzung des Bürgerrates soll die Staatsregierung im Einvernehmen mit dem Landtag erarbeiten. Dabei soll sie sich an den Grundlagen der durch den Bundestag initiierten Bürgerräte orientieren. Insbesondere sollen die ergebnisoffene Beratung des Bürgerrates, die gewichtete Zufallsauswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die Unabhängigkeit des Bürgerrates als zentrale Kriterien berücksichtigt werden.

Der Bürgerrat erhält den Arbeitsauftrag, die Folgen der Pandemie und der Infektionsschutzmaßnahmen in Bayern zu untersuchen, zu bewerten und daraus Empfehlungen für die Vorbereitung auf zukünftige gesundheitliche Notstände abzuleiten. Dabei wird er beratend von Vertreterinnen und Vertretern des Landtags und der Staatsregierung sowie von Expertinnen und Experten unterstützt.

Der Bürgerrat entscheidet selbst, welche Lebensbereiche und Politikfelder er für relevant erachtet. Nach Bedarf kann der Bürgerrat Gutachten oder Studien in Auftrag geben. Dazu wird er durch das jeweils fachlich zuständige Staatsministerium unterstützt. Zum Abschluss seiner Arbeit legt der Bürgerrat der Öffentlichkeit, dem Landtag und der Staatsregierung seine Ergebnisse in Form eines Abschlussberichts vor. Der Landtag und die Staatsregierung nehmen hierzu schriftlich und öffentlich Stellung.

Begründung:

Die Coronapandemie, die von 2020 bis 2023 die Gesundheit der Weltbevölkerung bedrohte, ist nicht spurlos an den Bayerinnen und Bayern vorbeigegangen. In Bayern haben sich 6 874 509 Menschen mit Corona infiziert. 31 446 sind daran verstorben (Zahlen des Robert Koch-Instituts vom 11.07.2024). Viele leiden zudem heute noch an Langzeitfolgen einer überstandenen Infektion.

Alle Menschen in Bayern waren von den Infektionsschutzmaßnahmen betroffen, die notwendig waren, um die Infektionszahlen zu stabilisieren, um gesundheitlich gefährdete Menschen zu schützen und um das Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu bewahren. Mit freiheitseinschneidenden Maßnahmen, die es bis dahin noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gab, hat die bayerische Bevölkerung einen beispiellosen Kraftakt vollbracht. Doch dieser Kraftakt hat zweifelsohne sehr an den Nerven der Menschen gezehrt.

Der Bundestag hat in diesem Jahr eine Enquete-Kommission eingesetzt, mit der die Pandemiezeit aufgearbeitet und Lehren für zukünftige Notlagen gezogen werden soll. Die Erwartungen sind hoch und die Kommission, die zur Hälfte aus Abgeordneten und zur anderen Hälfte aus ernannten Expertinnen und Experten besteht, wird sie nicht alle erfüllen können. Doch die Entscheidung des Bundestags zeigt klar, dass es ein Bedürfnis nach Aufarbeitung gibt und dass diese von allen Ebenen, die maßgeblich an den Infektionsschutzmaßnahmen beteiligt waren, vorangetrieben werden muss.

Hier ist auch der Freistaat gefragt. Die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen lag in der Zuständigkeit der Staatsregierung. In Teilen wurde der Landtag hinzugezogen. Der Freistaat muss sich selbst der Aufgabe annehmen, diese Maßnahmen im Detail anzuschauen, ihre Auswirkungen zu erfassen und Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Dabei sollten aber nicht Politikerinnen und Politiker die von Politikerinnen und Politikern getroffenen Maßnahmen selbst überprüfen, sondern es sollte ein Bürgerrat zusammenkommen, der dies tut. Es wäre Bayerns erster Bürgerrat auf Landesebene.

Wir als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben schon im April 2020 – also vier Wochen nach Beginn der Maßnahmen – eine wissenschaftliche Evaluation der Infektionsschutzmaßnahmen der Staatsregierung gefordert. Denn uns war klar, dass die Maßnahmen so zielgerichtet wie möglich sein mussten, um nur so viel Freiheitseinschränkungen wie nötig mit sich zu bringen. Im Mai 2020 forderte unsere Fraktion dann die Einbindung des Landtags bei der Erstellung der Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen und eine Studie zu den psychosozialen Auswirkungen der Ausgangssperren auf Kinder und Jugendliche. Diese und ähnliche Forderungen – wie bspw. eine interdisziplinäre Coronakommission, die zum einen die Staatsregierung bei den Maßnahmen berät als auch im Nachgang Lehren für die Gesellschaft zieht, ein bayerisches Coronamaßnahmengesetz oder ein Coronakrisentransparenzgesetz – hielten wir durchgehend aufrecht. Leider wurden diese Vorschläge nicht angenommen. Nach und nach bewegte sich jedoch auch die Staatsregierung und es wurden Abstimmungen über die Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen im Landtag eingeführt und die Maßnahmen ausführlicher begründet und erklärt.

Doch eine gesellschaftliche Aufarbeitung der Maßnahmen, die über die rein infektiologische Betrachtung hinausgeht, plant die Staatsregierung nach wie vor nicht. Wir müssen jetzt aufarbeiten, welche Auswirkungen die Pandemie auf uns Alle hatte. Welche Schutzmaßnahmen haben funktioniert, welche müssen besser angewandt werden? Wie ging es den Menschen während der Pandemie und wie wirkt sich diese Zeit bis heute auf uns aus? Der Bundestag und viele andere Bundesländer, wie zum Beispiel Sachsen, Brandenburg und Thüringen, stellen sich diesen Fragen.

Um diese Fragen zu beantworten, braucht es jetzt entschlossenes Handeln und innovative Ideen. Wir schlagen daher einen Bürgerrat vor, mit dem die Bürgerinnen und Bürger jenseits politischer Strategien und Schuldzuweisungen die sachliche Aufarbeitung selbst in die Hand nehmen. Es braucht zweitens Studien und Gutachten in allen Fachbereichen der Staatsregierung, weil alle Lebensbereiche betroffen waren. Und es braucht drittens ein klares Verfahren für transparente und demokratische Entscheidungen in Krisen. Wir dürfen in Zukunft keine Zeit mehr verlieren mit Kompetenzdiskussionen, sondern sollten bspw. Art. 48 der Bayerischen Verfassung so reformieren, dass er einen klaren Ablauf für die Entscheidungsfindung in jeder Krise vorgibt.

Nach dieser Pandemie darf nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden, sondern muss dafür gesorgt werden, dass Bayern gestärkt aus dieser Krise hervorgeht und für mögliche kommende Krisen besser gewappnet sind. Ein Bürgerrat ist für diese Aufgabe gut geeignet. Gerade weil alle gemeinsam die Infektionsschutzmaßnahmen umgesetzt haben, sollte auch ein repräsentativer Rat sich der Evaluation dieser Maßnahmen annehmen. Dieser ist im Gegensatz zu einem Parlamentsgremium frei von parteistrategischen Interessen. Zudem ist er nicht an den Rhythmus der Legislaturperioden gebunden und kann sich die Zeit nehmen, die er braucht.

Die bisherigen Aufarbeitungsversuche durch Studien und durch Expertinnen und Experten sind sehr wertvoll. Es ist jetzt zusätzlich notwendig, den Bürgerinnen und Bürgern selbst das Heft des Handelns in die Hand zu geben! Bürgerräte sind ein neues Instrument der direkten Demokratie, das sich im Bund und in anderen Bundesländern bereits bewährt hat. In einem mehrstufigen Prozess werden Bürgerinnen und Bürger in

einer gewichteten Zufallswahl ausgelöst. So entsteht ein Rat, der der Diversität der Bevölkerung entspricht. Über mehrere Monate oder Jahre hinweg berät der Bürgerrat in Eigenregie das Thema, mit dem er betraut ist, und hört dabei Expertinnen und Experten und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger an. Bei komplexeren Fragestellungen, für deren Beantwortung ein Gutachten oder eine Studie benötigt wird, kann der Bürgerrat finanziell und personell durch die jeweiligen Staatsministerien unterstützt werden. Andere Bürgerräte, die ihre Arbeit bereits abgeschlossen haben, haben umfangreiche und gewinnbringende Handlungsempfehlungen für die Politik vorgelegt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/7616

**Bayerns Erster Bürgerrat: Coronapandemie gemeinsam aufarbeiten, Gräben
schließen und für die Zukunft vorbereiten**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Andreas Hanna-Krahl**
Mitberichterstatter: **Thorsten Freudenberger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 7. Oktober 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Energie

Europäischer Plan für erschwinglichen Wohnraum

11.07.2025 - 17.10.2025

Drs. 19/8410, 19/8810

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/8810 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

ENTH

ENTH

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Umwelt
Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft
01.08.2025 - 06.11.2025
Drs. 19/8424, 19/8813

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/8813 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier,
Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Klimaschutzpolitik auf Kosten der Baubranche?
Anhörung zu den Auswirkungen der nationalen
CO₂-Abgabe auf das bayerische Baugewerbe
Drs. 19/7208, 19/8642 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wasserhaushalt schonen – Musterzisternensatzung für Kommunen
Drs. 19/7359, 19/8714 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Trinkwasser für alle – Installation von barrierefreien
Trinkwasserbrunnen und Refillstationen an allen
staatlichen Einrichtungen mit Publikumsverkehr
Drs. 19/7360, 19/8715 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Anforderungen an die Messung ultrafeiner Partikel
durch die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie
Drs. 19/7381, 19/8716 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bäume statt Hitzeinseln: 100 000 grüne Klimaanlage für Bayern
Drs. 19/7406, 19/8717 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Bächler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mit jedem Schritt besser – die AGFK Bayern macht Platz
für Fußgängerinnen und Fußgänger
Drs. 19/7461, 19/8643 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen I:
Strategie statt Stückwerk – BNE braucht einen konkreten Plan
Drs. 19/7468, 19/8633 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen II:
Mehr Zeit für Projekte einplanen und Finanzierung sichern
Drs. 19/7469, 19/8634 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen III:
Lehrkräfte stärken – Nachhaltigkeit beginnt mit guter Ausbildung
Drs. 19/7470, 19/8635 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen IV:
Global denken, lokal vernetzen – BNE braucht starke Strukturen
Drs. 19/7471, 19/8636 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen V:
Mitbestimmen. Mitwirken. Mitverändern. – Demokratie als Lernziel
der Zukunft fest verankern
Drs. 19/7472, 19/8637 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. AfD
Reallabore für Bayern: Freiräume für wirtschaftliches Wachstum
und unternehmerische Innovation schaffen
Drs. 19/7521, 19/8648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier AfD
Mittelstandsfreundliches Bayern:
KMU-Bürokratie-Checks für alle neuen und bestehenden Gesetze
Drs. 19/7522, 19/8649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Prüfung der Wirtschaftlichkeit einer bayerischen Abschiebeflotte
Drs. 19/7523, 19/8624 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Erhöhung der Strafraumen bei Sexualdelikten
Drs. 19/7562, 19/8625 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Von Japan lernen und Verantwortung übernehmen:
Schüler an Schulreinigung, Essensausgabe sowie Schulorganisation beteiligen und Kinderhausmeister einführen
Drs. 19/7582, 19/8638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fortschreibung des Bayerischen Aktionsplans Inklusion
Drs. 19/7614, 19/8622 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Erster Bürgerrat: Coronapandemie gemeinsam aufarbeiten, Gräben schließen und für die Zukunft vorbereiten
Drs. 19/7616, 19/8645 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Aussitzen mehr: Empfehlungen der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter konsequent und zügig umsetzen!
Drs. 19/7619, 19/8626 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Antrag zur Bekämpfung der steigenden Gewaltdelinquenz junger Tatverdächtiger in Bayern
Drs. 19/7626, 19/8731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Asylstopp im Unterallgäu – Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge!
Drs. 19/7627, 19/8627 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vernichtungssperre für Akten im Zusammenhang mit Cum-Cum-Transaktionen
Drs. 19/7647, 19/8658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steueranreize für Cum-Cum-Geschäfte beseitigen
Drs. 19/7648, 19/8659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Bargeld schützen – Seriennummern-Tracking gesetzlich begrenzen
Drs. 19/7656, 19/8732 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u.a. und Fraktion (SPD)
Beschleunigung der Investitionen für den Ganztagsausbau in der Grundschule
Drs. 19/7657, 19/8760 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen I:
Stockwerkübergreifende Bohrungen ermöglichen
Drs. 19/7709, 19/8650 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen II:
Qualifikation zum Privaten Sachverständigen
der Wasserwirtschaft vereinfachen
Drs. 19/7710, 19/8651 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen III:
Fortbildung im Bereich der Wasserwirtschaftsämter
Drs. 19/7711, 19/8652 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Blockade bei Stromspeicherausbau beenden –
netzdienliche Stromspeicher zulassen
Drs. 19/7716, 19/8653 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Holger Gießhammer u.a. SPD
Städte und Gemeinden als Keimzelle der Demokratie:
zurück zur vertrauensvollen Zusammenarbeit auf Augenhöhe
zwischen Freistaat und Kommunen
Drs. 19/7748, 19/8733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Keine Rolle rückwärts bei Klima- und Energiepolitik:
Tempo machen bei Erneuerbaren, Wärmewende und Infrastruktur
statt Gaskraftwerks-Lobbyismus!
Drs. 19/7755, 19/8654 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäuml, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle I –
Ausbau der kindlichen Sprachförderung
Drs. 19/7770, 19/8639 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäuml, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle II –
Qualitätskriterien für guten Ganzttag festlegen
Drs. 19/7771, 19/8640 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle III –
Konzept für Unterstützungskräfte an Grund- und Mittelschulen
Drs. 19/7772, 19/8641 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Evaluierung des praktischen Nutzens des Saatkrähen-Managements
des Landesamtes für Umwelt (LfU) in Bayern
Drs. 19/7799, 19/8718 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Kriminalität
gegen Tiere und Beschleunigung von Verfahren bei Verstößen
gegen das Tierschutzrecht
Drs. 19/7805, 19/8628 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erhöhung des Strafmaßes für Tierquälerei und konsequente Tierhaltungs- und Betreuungsverbote für Täterinnen und Täter
Drs. 19/7806, 19/8629 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Situation der Schulbegleitung an Bayerns Schulen
Drs. 19/7815, 19/8623 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Andreas Jurca u.a. und Fraktion (AfD)
Steuerbürokratie abbauen, Unternehmen sowie Finanzverwaltung entlasten – Grenzbetrag zur monatlichen Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldung anheben
Drs. 19/7836, 19/8660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltdiktate nach Vorbild der USA beenden:
Autoland statt Klimaphantasien!
Drs. 19/7904, 19/8655 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Pflegeverträge für ausgemusterte Pferde der polizeilichen Pferdestaffeln
Drs. 19/8081, 19/8734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Futter- und Pflegegeld bei den Hundestaffeln der Bayerischen Polizei erhöhen
Drs. 19/8083, 19/8735 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn u.a. und Fraktion (AfD)
Zunahme von Vandalismus gegenüber den beiden christlichen Kirchen in Bayern seit 2015
Drs. 19/8129, 19/8736 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag: Vergrämungsmethoden bei Krähen zur Schadensminderung in der Landwirtschaft
Drs. 19/8151, 19/8719 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Föderale Verantwortung in transnationalen Krisen: Bayerns Beitrag zur Weiterentwicklung der EMRK im Zeichen europäischer Migrationspolitik
Drs. 19/8169, 19/8630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mein Körper, meine Entscheidung:
körperliche Selbstbestimmung für Frauen in Bayern
Drs. 19/8179, 19/8646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über eine mögliche Anpassung der Höhe des Futter- und Pflegegeldes für aktive und passive Diensthunde
Drs. 19/8431, 19/8737 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Florian Siekmann und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/7616, 19/8645

Bayerns Erster Bürgerrat: Coronapandemie gemeinsam aufarbeiten, Gräben schließen und für die Zukunft vorbereiten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Toni Schuberl

Abg. Martin Mittag

Abg. Matthias Vogler

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Franc Dierl

Abg. Thomas Zöllner

Abg. Horst Arnold

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bayerns Erster Bürgerrat: Coronapandemie gemeinsam aufarbeiten, Gräben schließen und für die Zukunft vorbereiten (Drs. 19/7616)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Toni Schuberl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war ein Kraftakt. Es war ein gemeinsamer Kraftakt aller, des ganzen Volkes. Die Corona-Maßnahmen waren ein Kraftakt zur Rettung von Menschenleben und zur Verhinderung katastrophaler Zustände, wie es sie in anderen Ländern gab, auch in Europa. Wir waren erfolgreich in Deutschland, in Bayern. Fallzahlen konnten gebremst werden, Intensivstationen gingen nicht in die Knie, und Impfungen konnten in Rekordzeit, auch bei uns in Deutschland, entwickelt werden. Die Corona-Pandemie konnte überwunden werden, ohne dass wir im Chaos versanken.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Da kann man sich mal bei Markus Söder bedanken!)

Aber es war auch eine Zumutung – für uns alle, aber für bestimmte Gruppen ganz besonders. Viele Einschnitte waren vermutlich erforderlich und notwendig, aber deshalb nicht weniger schlimm. Menschen sind einsam gestorben, ohne Familie, ohne Verabschiedung, ohne eine warme Hand, die einen hält. Kinder sind eingeschult worden, ohne ihre Klassenkameraden kennenzulernen. Es gab Hochzeiten und Geburten ohne Feiern, Kündigungen, Pleiten, zerstörte Existenzen. Das waren tiefe Wunden, und die heilen nur langsam, und teilweise vernarben sie auch nur.

Zugleich gab es natürlich viele absurde Situationen. Ich erinnere mich an die Ministerpräsidentenkonferenzen, bei denen Markus Söder das, was dort geplant war, immer einen Tag vorher schon und einen Tick schärfer in Bayern beschlossen hat, damit er der Erste und der Schärfste gewesen ist, nur um seine Kanzlerkandidatur vorzubereiten.

(Widerspruch bei der CSU – Petra Högl (CSU): Das ist eine Unterstellung! – Martin Wagle (CSU): So ein Blödsinn! – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: So ein Schmarrn!)

Die Welt bekämpft die Pandemie, und Markus Söder denkt zuerst an seine Performance, um Kanzler zu werden.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Von vorne bis hinten eine Unverschämtheit!)

Deshalb entstanden da so absurde Dinge wie zum Beispiel, dass man sich nicht mehr allein auf eine Parkbank setzen durfte

(Zuruf von der CSU: Absurd ist diese Rede! Die ist absurd!)

oder seinen Wohnort nicht weiter als 15 Kilometer verlassen durfte. Entscheidungen für die Schulen wurden am Freitagnachmittag verkündet und mussten am Montag in der Früh umgesetzt werden. Ich erinnere mich an das, was bei uns in Freyung-Grafenau war: Da hatten wir einen Tag, an dem gleichzeitig die Schulen geschlossen und die Baumärkte geöffnet wurden.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann – Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Blumengeschäfte durften nicht öffnen, dafür durften Blumen im Supermarkt verkauft werden.

(Zuruf von der CSU: Sie sitzen auf der falschen Seite des Parlaments!)

Anfangs wurden die meisten Entscheidungen im Hinterzimmer getroffen, ohne Beteiligung des Landtags. Es war der Druck der demokratischen Opposition, dass dann endlich auch der Landtag beteiligt wurde.

(Widerspruch bei der CSU)

Es gab dann sehr viele Regierungserklärungen, es gab Beschlüsse und Debatten hier im Hohen Haus, und das war richtig.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Eben!)

Trotz all dem war die grundsätzliche Richtung richtig – wir haben sie gemeinsam getragen –, bei aller Kritik in den Details. Aber die entscheidende Frage ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Haben wir daraus gelernt?

(Florian Köhler (AfD): Hört er sich eigentlich selber zu?)

Können wir ein Forum bieten, in dem auch die Bevölkerung die damalige Zeit verarbeiten kann? – Sechs Jahre ist es nun her, und bei der nächsten Pandemie werden wir nicht mehr sagen können, wir waren völlig überrascht. Nein, wir werden sagen müssen, wir sind vorbereitet.

Wir GRÜNE fordern in Bayern einen Bürgerrat, besetzt mit Menschen aus allen Schichten und Teilen Bayerns. Sie waren die Leidtragenden, und sie sind auch die Experten ihres Berufszweigs und ihrer Lebensumstände.

(Martin Wagle (CSU): Experten waren bei den Entscheidungen immer dabei!
Immer!)

Dieser Bürgerrat kann der Ort der breiten Debatte sein. Dort können auch Wunden geheilt werden, und es können auch Verschwörungslügen widerlegt werden. Dort können Erfahrungen ausgewertet und vor allem Lehren gezogen werden, die uns für zukünftige Krisen wappnen. Gehen Sie diesen mutigen Schritt mit, und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Sicher nicht!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Martin Mittag für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die ersten 20 Sekunden der Ausführungen waren in Ordnung. Danach ging es darum – wie es so oft beim Kollegen Schuberl ist, um wahrscheinlich wieder ein wichtiges Instagram-Video vorzubereiten, das er dann posten kann –, den Ministerpräsidenten schlecht dastehen zu lassen. Das ist einfach nur erbärmlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erbärmlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es deswegen, weil das Thema

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was war denn falsch?)

– ja, komplett natürlich; was Sie gesagt haben, war sehr falsch – viel zu wichtig ist, als dass Sie jetzt damit Wahlkampf betreiben wollen, den Sie uns in dieser Krise vorwerfen. Es ist unsäglich, die kurze Beschreibung, wie die Menschen leiden mussten und wie sehr wir alle darunter gelitten haben, herzunehmen, um die Aussage zu treffen, der Ministerpräsident hätte für sich Wahlkampf gemacht. Unglaublich! Aber ich will gar nicht so lange darauf eingehen; denn das, was der Kollege Schuberl macht, ist immer das Gleiche und durchsichtig.

Erschreckend ist nur eines, liebe Kolleginnen und Kollegen: Mit den Ausführungen, die er nicht nur jetzt bei seiner Rede, sondern auch bei seinem ganzen Auftritt im Social-Media-Bereich macht, sitzt er eigentlich – das ist gerade schon gesagt worden – nicht auf der richtigen Seite; denn eigentlich müsste er da sitzen, wo ganz anders gesprochen wird und wo diese permanente Hetzerei betrieben wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber es scheint sein Ziel zu sein, das so zu tun.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag, der jetzt hochgezogen worden ist, ist vom April 2024. Im April 2024 ist er im Gesundheitsausschuss diskutiert und im Juni 2024 nach Empfehlung des Gesundheitsausschusses auch hier im Plenum abgelehnt worden. Zeitgleich wurde über das Ministerium ein Antrag auf eine Berichterstattung zu Corona an alle Mitglieder des Landtags an alle Ministerien in Auftrag gegeben. Der ist im August 2025 geliefert worden. Der ist rund 20 Seiten lang oder länger. Den kann man gerne auch nachlesen. Lieber Kollege Schuberl, vielleicht wäre das ganz sinnvoll. Gleichzeitig wurde im September 2025 auch noch die Enquete-Kommission zu dem Thema auf Bundesebene eingeführt.

Das ist genau das, was man möchte; denn das, was in der Überschrift des Antrags steht oder zumindest stehen müsste, Lehren ziehen – "für die Zukunft vorbereiten" steht drin –, ist genau das Richtige, was man nach einer Krise machen muss; aber eines muss man definitiv nicht machen und sollte man auch nicht tun: Man sollte nicht im Nachhinein den Besserwisser spielen: Herr Lehrer, ich habe es besser gewusst. – Oder der Fußballtrainer, der danach sagt, wenn ich 3 : 0 verloren habe: Ich hätte es ganz anders gemacht, dann wäre es anders ausgegangen. – Stattdessen sollte man damit sachlich umgehen. Man sollte auch schauen, wo man wirklich Verbesserungen herbeiführt. Das tun wir. Da braucht es diesen GRÜNEN-Antrag jetzt nicht mehr.

Da der Kollege Schuberl schon den Knopf für eine Zwischenbemerkung gedrückt hat, ist es für mich ein Leichtes zu sagen: Wir lehnen den Antrag von 2024 auch heute ab, weil er keinen Sinn macht. Es geht darum, zu hetzen, falsche Bilder zu zeichnen und vielleicht auch Behauptungen in den Raum zu stellen. Das kommt nämlich auch noch dazu. Da ist er mit dem, was er ausführt, wirklich völlig falsch aufgehoben; aber anscheinend ist Instagram wohl wirklich wichtiger als der Bürger und der Freistaat Bayern. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege, das ist das beste Beispiel, das Sie jetzt geliefert haben. Man kann nichts aufarbeiten, wenn man bei der kleinsten Kritik

(Florian Köhler (AfD): Ihr habt doch mitgemacht!)

dermaßen reagiert, sofort verschnupft und beleidigt ist und sofort in den Angriff übergeht.

(Michael Hofmann (CSU): So ein Quatsch!)

Es geht darum, aufzuarbeiten, und dazu muss man sich anschauen, was richtig gelaufen ist, aber auch, was schlecht gelaufen ist. Sie können gerne einmal sagen, was von dem, was ich gesagt habe, nicht stimmt.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Alles falsch!)

– Jetzt schreit er wieder dazwischen.

Martin Mittag (CSU): Das hat er von Ihnen!

Toni Schuberl (GRÜNE): Sagen Sie einfach, was nicht gestimmt hat, statt einfach zu behaupten, es sei Hetze.

Wir brauchen eine Aufarbeitung, und ein 20-seitiger Bericht kann nicht die gesamte Aufarbeitung der Corona-Zeit und die Vorbereitung für die Zukunft sein.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Warum nicht?)

Das kann nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Martin Mittag (CSU): Vielleicht sage ich einmal vorneweg: Hetze ist das, was Sie betrieben haben. Sie haben nämlich keine Beispiele außer den Hundespaziergang genannt und haben hier sofort den Ministerpräsidenten verunglimpft und in diese Richtung geschoben.

(Michael Hofmann (CSU): Genau! So ist es!)

Um das geht es Ihnen auch nur, und um nichts anderes.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben nicht, und zwar in keiner Situation, davon geredet, wie man sich besser aufstellt. Das ist nämlich genau das, was wir betreiben. Vom ersten Tag an war das übrigens die Aussage, und keiner – auch wenn viele, auch Sie und Ihre Fraktion, bei den Maßnahmen mitgestimmt haben und Sie zu Recht gesagt haben, dass wir viele Leben damit gerettet haben – hat gesagt, dass alles richtig war.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Man darf ja nichts sagen!)

Auch jetzt sagt es die Fraktion der CSU nicht, und auch der Ministerpräsident sagt nicht, dass alles richtig war; aber, Gott sei Dank, waren Sie nicht der Entscheider, der in so kurzer Zeit so wichtige und tiefgreifende Entscheidungen treffen musste.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, wie es dann ausgegangen wäre; aber wir lassen das jetzt einfach so stehen, weil wirklich klar zu erkennen ist, was Sie mit Ihren Ausführungen vorhaben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist Matthias Vogler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Matthias Vogler (AfD): Wertes Präsidium, liebe Kollegen, liebe Bürger! Der Antrag auf Einführung eines Bürgerrates zur angeblichen Aufarbeitung der Corona-Zeit, welchen die GRÜNEN hier, wie bereits im Ausschuss, erneut stellen, lehnen wir ab – nicht weil wir keine Transparenz wollen, sondern weil wir darin einen falschen Weg sehen, diese schwierige Zeit vernünftig aufzuarbeiten.

In den letzten Jahren hatten wir mehrfach gefordert und Anträge eingebracht mit dem Ziel, einen Untersuchungsausschuss einzurichten. Das wurde jedoch ständig abgelehnt, auch von den GRÜNEN, die jetzt diesen Antrag stellen. Auch eine Enquete-Kommission wurde abgelehnt.

Wer echte Aufarbeitung will, der muss unsere parlamentarischen Möglichkeiten und die bewährten verfassungsgemäßen Instrumente nutzen. Das Parlament besteht aus einem breiten Spektrum vom Volke gewählter Abgeordneter, welche in einem Untersuchungsausschuss alle Daten und Unterlagen einsehen können, Beteiligte befragen dürfen und Fehler aufdecken können, die definitiv geschehen sind, wie auch für die Zukunft Lehren, auch aus teils vorsätzlichem Fehlverhalten, ziehen können. Daher ist ein Bürgerrat, der nur eine beratende Empfehlung aussprechen kann, nicht das richtige Mittel.

Wir stellen jedoch fest, dass die GRÜNEN hier das Mitwirken sowohl im Bund als auch im Land in dieser Zeit vergessen haben. Wie sagte die GRÜNEN-Vorsitzende Schulze im Dezember 2021 hier am Rednerpult im Landtag noch? – Zitat:

"Erstens fordern wir eine Verschärfung der Kontaktbeschränkung für ungeimpfte Erwachsene. [...]

Zweitens wollen wir, dass der Handel endlich für Ungeimpfte geschlossen wird: [...]"

Sie forderte, dass "Kinderimpfstraßen in den Impfzentren" eingerichtet werden. Und:

"Ich bin einfach froh, dass sich die neue Ampel-Regierung auf den Weg macht, wohl eine allgemeine Impfpflicht einzuführen."

All das hat mit dazu geführt, dass wir so lange diese Freiheitseinschränkungen durch einen übergriffigen Staat hinnehmen mussten.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Mein Gott!)

Die Hunderttausenden an Demonstranten und Montagsspaziergängern, welche auch vor dem Reichstag friedlich ihr Grundrecht ausgeübt hatten und mit Wasserwerfern bekämpft wurden, waren diffamiert worden,

(Zurufe)

und das von der Regierung bis hin zur linken Opposition, auch hier im Hause. Nur die AfD stand sehr früh hinter den berechtigten Anliegen auf körperliche Selbstbestimmung, Unversehrtheit und Freiheitsrechten.

Wurde hier im Hohen Hause schon vergessen, dass wir hier in Bayern die strengsten Einschränkungen durch den Erlass von Sonnenkönig Markus hatten? Nach Veitshöchheim, wo er sich als William Wallace aus "Braveheart" gerierte – das war ein echter Freiheitskämpfer –, ist das ein echter Hohn. Aber gut,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

wir vergessen nicht, dass es hier Ausgangsbeschränkungen gab und nur aus triftigem Grund das Haus verlassen werden durfte,

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Das galt in ganz Europa!)

dass eine verschärfte Maskenpflicht mit FFP2-Masken im ÖPNV und in Geschäften frühzeitig galt, dass die nächtlichen Ausgangssperren ab 22 Uhr nicht einmal mehr den Spaziergang alleine erlaubten und dass man sich auf der Parkbank nicht mehr zu zweit hinsetzen durfte, dass die Schulen und die Kitas früher schlossen und später

öffneten, worunter auch heute noch viele Kinder psychisch leiden, dass Besuchsverbote in Pflegeheimen galten und alte Menschen teilweise alleine sterben mussten, dass man sich zu Weihnachten nicht mit der ganzen Familie treffen durfte, dass die Regeln länger als im Bundesgebiet beibehalten wurden, dass Zwangsimpfungen von der Regierung mit gefördert wurden, welche durch mutige Bürger

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: So ein Schmarrn!)

und unsere AfD zusammen verhindert werden konnten. All diese übergriffigen Einschnitte in das Leben der Bürger, der Zwang, sich impfen zu lassen, um wieder am Leben teilnehmen zu dürfen, und auch die Ausgrenzung und Ächtung von jedem, der sich nicht in die Spritze treiben ließ, müssen aufgearbeitet werden.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Gar nichts!)

Hinzu kommen die Hunderttausenden an Folgeschäden durch Impfungen und die Betroffenen von Long COVID, von Deals der CSU und Co. ganz zu schweigen.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: So ein Schmarrn!)

Dazu ist ein Untersuchungsausschuss das einzig richtige Mittel der Wahl. Dazu laden wir Sie erneut ein, das hier im Landtag zu beschließen. Zusammen können wir das schaffen.

(Martin Wagle (CSU): Das können Sie mit Herrn Schuberl machen!)

Den vom sozialistischen Block stetig geforderten Bürgerrat, der am besten nur nach Parteibuch der Links-Rot-Grünen besetzt werden würde, lehnen wir entschieden ab. Wir sind keine Räterepublik, sondern wir sind ein Freistaat, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegen drei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor, die erste vom Kollegen Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Toni Schuberl (GRÜNE): Ich frage mich, wann die AfD ihre Rolle in der Corona-Pandemie aufarbeitet. Ich erinnere daran, dass Sie von der "DDR-Kanzlerin" sprachen. Sie sprachen vom "Stasi-Staat", Sie sprachen vom "Ermächtigungsgesetz", Sie sprachen vom "virokratischen Regime". All das, was Sie an die Wand gemalt haben, ist nicht eingetreten. Wann arbeiten Sie das auf, und wann gestehen Sie das endlich einmal ein?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Matthias Vogler (AfD): Herr Kollege Schuberl, wenn Sie meinen, dass wir das aufarbeiten müssten, dann fangen Sie doch bei Ihren links-rot-grünen Straftätern an, die Sie weiterhin hofieren. Dann haben Sie auch eine Menge aufzuarbeiten.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung kommt von der Kollegin Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Ich mache eine Zwischenbemerkung, die gar nicht beantwortet werden muss; aber ich möchte hier, damit es auch im Protokoll steht, festhalten: Bei der ach so schlimmen Impfung haben sich drei AfD-Abgeordnete damals vorgedrängt. Das ist bild- und tontechnisch belegt. Ich wollte bloß sagen: Das sehen bei Ihnen nicht alle so, sondern nur in der Öffentlichkeit. Wenn es dann um den Eigenschutz geht, da waren Sie beim Impfen schon dabei. Gerade als wir privilegiert geimpft worden sind, da waren Sie die ersten in der Reihe. Sie waren vielleicht noch nicht da; aber ich kann Ihnen da Ross und Reiter nennen, und deshalb sollten Sie da sehr vorsichtig sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Matthias Vogler (AfD): Vielen Dank, Frau Kollegin Schmidt von den FREIEN WÄHLERN. Super, dass Sie es ansprechen; denn das ist ein Thema, das bei uns nämlich von Anfang an gegolten hat: Wir stehen für die Impfung, aber auch für Freiwilligkeit. Das ist der Punkt. Jeder, der wollte, konnte sich impfen lassen, auch in der AfD. Niemand sollte und durfte gezwungen werden, und das verkennen Sie.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stehen für Freiheit, und jeder kann sich impfen lassen. Niemand wurde bevorteilt, niemand wurde benachteiligt, wenn er sich nicht hat impfen lassen. Bei uns in der Partei war es die freie Entscheidung eines jeden. Wir wollten niemals eine Impfpflicht. Die mutigen Bürger auf der Straße und wir als parlamentarische Opposition im Bundestag haben erreicht, dass diese Impfpflicht nicht gekommen ist.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): So ein Quatsch! – Martin Wagle (CSU): Unerträglich!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die nächste Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Franc Dierl von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Franc Dierl (CSU): Herr Kollege Vogler, mir tut das Herz weh, wenn ich Ihre emotional gleichgültig vorgetragene Auflistung der aus Ihrer Sicht vorgenommenen Gängelungen höre. Ich denke an die Menschen, die an Corona gestorben sind. Ich weiß nicht, wie viele Sie verloren haben. Ich kann Ihnen auf Anhieb 15 Menschen aufzählen, die ich gut kannte, die an Corona gestorben sind. Sie sind nicht mehr da. Schämen Sie sich, so eine gleichgültige Aufzählung vorzunehmen. Gedenken wir der Toten, und freuen wir uns, dass wir Menschen gerettet haben, Herr Vogler.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Matthias Vogler (AfD): Herr Kollege, kommen wir mal wieder zur Sachlichkeit zurück.

(Lachen bei der CSU)

Gleichgültig ist es nicht. Ich bin jahrelang Rettungsdienst gefahren, und etliche Menschen haben meine Kollegen und ich leider Gottes nicht mehr retten können. Auch deswegen finde ich das schäbig, was Sie hier abziehen. Aber ich kenne ja Ihre Methoden von anderen Aktionen und Interventionen.

(Michael Hofmann (CSU): Methoden!)

Natürlich ist jeder einzelne Tote zu viel. Und jeder einzelne Tote, den man hätte verhindern können, ist natürlich beklagenswert, gar keine Frage. Sie sollten sich einmal an die eigene Nase fassen. Sie haben dabei mitgemacht, dass Menschen Angst haben mussten und dass sich die Leute gar nicht mehr hinausgetraut haben, um ihre Großeltern zu besuchen. Das ist schäbig. Sie sollten Ihre Machenschaften in Ihrer CSU und CDU aufklären. Das wäre anständig.

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): So bewerfen Sie die Toten mit Schmutz!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLERN Herr Kollege Thomas Zöllner. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Thomas Zöllner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der GRÜNEN, das Thema ist wichtig. Vielleicht war die Art und Weise, wie Herr Schuberl es vorgetragen hat, nicht ganz richtig. Und es ist ganz klar, dass dann auch Gegendruck erzeugt wird.

Die Zeit vom März 2020 bis einschließlich des Jahres 2022 war sicher sehr herausfordernd. Ich weiß, dass sich unter den GRÜNEN viele Kommunalpolitiker befinden, davon aber nur wenige Bürgermeister. Deswegen will ich jetzt einmal die Zeit nutzen,

um ein bisschen zu erzählen, wie es damals aus der Sicht eines kleinen Landbürgermeisters war, der mit den ganzen Corona-Bestimmungen fertig werden musste.

Am 15. März fand die Kommunalwahl in Bayern statt. Ich persönlich war ganz happy, weil ich zum dritten Mal gewählt worden war. Wir hatten einen tollen Marktgemeinderat, ganz ohne AfD. Ich weiß nicht, ob das in Zukunft noch möglich ist,

(Zuruf von der AfD: Nein!)

aber damals war es noch so. Wir haben uns gefreut, dass wir die Kommunalwahlen noch durchführen konnten. Natürlich haben wir da schon etwas Abstand gehalten. Der Wirt des Gasthauses "Adler", ein Inder, der Babu genannt wird – ich hoffe nicht, dass er zu den 20 Millionen gehört, die irgendwann weg sollen –,

(Zurufe von der AfD: Oh!)

kam mit einer "Schluckimpfung" zu uns. Das Getränk hieß "Silberhengst" und damit hat er uns gratuliert. Das war noch ein einigermaßen normaler Wahlabend. Wir haben uns alle gefreut.

Die Ernüchterung trat am nächsten Tag ein – nicht wegen des Getränks des Wirts, sondern weil die Corona-Maßnahmen, die wir umsetzen mussten, begannen. Ich war stolz auf unsere und auf ganz viele andere Kommunen, die das wirklich toll gemacht haben. Der Zusammenhalt war da.

Wir haben von Zwangsimpfungen gehört und vielem weiteren Schmarrn. Wir haben mit dem Bayerischen Roten Kreuz gesprochen, haben eng mit dem THW und der Feuerwehr zusammengearbeitet. Wir haben alle zusammengeholfen, auch um die Impfzentren aufzubauen.

Ich kann mich noch gut erinnern, Hubert Aiwanger hat irgendeinen Stoff für Masken versendet. Ich weiß nicht, ob das optimal war, aber er hat es verschickt. Wir haben schnell Leute gefunden, die Masken genäht haben. Ich habe die Masken zusammen

mit der Feuerwehr verteilt. Wir haben bei unserer ältesten Bürgerin, die über hundert Jahre alt war, angefangen und bis zu den Fünfundsiebzigjährigen weitergemacht. Diese Zeit hat uns auch ein bisschen zusammengeschweißt.

Dann kam jedoch ein Bruch. Wir wurden alle müde wegen der Maßnahmen, die es gab. Manche sind dann irgendwie falsch abgebogen. Ich weiß jetzt gar nicht, warum ich jetzt gerade nach rechts geschaut habe, aber das ist passiert. Als Bürgermeister wurden für mich – Gott sei Dank nicht vor meinem Privathaus, aber vor dem Rathaus – Grablichter abgestellt mit der Aufschrift, ich würde für die Impfung werben und folglich einen Impffriedhof im Gemeindefriedhof erzeugen. Eigentlich hatte ich mich über die zweite Wiederwahl gefreut, aber zu dem Zeitpunkt habe ich gedacht: Warum tust du dir das an?

Und ja, Herr Schubert, es war eine ganz schwere Zeit, und es war auch vieles nicht ganz richtig. Das müssen wir nächstes Mal besser machen, das ist ganz klar. Meine Mutter war 14 Tage im Krankenhaus. Ich bekam einen Anruf, dass ich sie am nächsten Tag besuchen könne, da die Corona-Infektion vorbei sei. Am nächsten Morgen kam ich ins Krankenhaus, und meine Mutter war verstorben. Ich hatte sie 14 Tage nicht gesehen.

Ich glaube, aus solchen Situationen werden wir einiges lernen. Wir werden auch einiges daraus lernen, wie wir mit den Schul- und Kindertageseinrichtungen umgegangen sind. Wir werden ganz viel zu lernen haben.

Dennoch werde ich den Antrag "Bayerns Erster Bürgerrat" ablehnen. Zum einen sieht dies die Verfassung des Freistaats Bayern nicht vor. Zum anderen glaube ich, wir hätten ausreichend Instrumente, um alles aufzuarbeiten. Wir müssen es nur wollen. Es gab Gerichtsverfahren, es gibt einen Untersuchungsausschuss etc. Die gewünschte Zusammensetzung eines solchen Rats würde ein bisschen nach dem Zufallsprinzip erfolgen. Wenn in einem Rat noch ein paar Querdenker säßen, würden die Beratun-

gen nicht viel bringen. Es gibt für solche Beratungen eine Enquete-Kommission. Das haben wir schon alles gehört.

Ich glaube, dass wir die Corona-Erfahrungen dringend aufarbeiten müssen, dass wir uns Verbesserungen dafür überlegen müssen, wenn so etwas vielleicht noch einmal passiert. Dennoch hoffe ich für uns alle, dass es nie mehr passieren wird. – Jetzt danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Herrn Kollegen Toni Schuberl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Toni Schuberl (GRÜNE): Lieber Kollege Zöller, vielen Dank, dass du dich auch inhaltlich mit diesem Antrag befasst hast. Ich gebe dir in Bezug auf deine inhaltlichen Ausführungen völlig recht.

Unser Vorschlag war der Bürgerrat. Was wäre denn dein Vorschlag, wenn du sagst, die Aufarbeitung muss kommen, und wir sollten sie anpacken? Macht ihr einen Vorschlag, wenn ihr unseren ablehnt.

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Ja, es gibt, wie gesagt, die Enquete-Kommission, und ich erwarte mir auch noch, dass sich daraus das eine oder andere ergibt. Vielleicht müssen wir uns einmal zusammensetzen. Ich glaube, es gibt durchaus Möglichkeiten. Es gibt mit Sicherheit Erfahrungen, die der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Landkreistag oder wir im Landtag gesammelt haben.

Ich möchte noch einmal alle in Schutz nehmen, die Entscheidungen treffen mussten. Ja, diese Entscheidungen mussten getroffen werden. Und wir Bürgermeister haben sie Freitagmittag bekommen und Montagmorgen umgesetzt. Alle haben mitgespielt. Ich glaube, so müssen wir das Thema angehen. Wir sollten vielleicht nicht denken, dass es das jetzt gewesen ist. Wir müssen immer damit rechnen, dass so etwas

wiederkommt. Wir müssen im Gespräch bleiben, und ich glaube, das können wir auch ohne den Bürgerrat.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Horst Arnold. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Im Antrag selbst wird davon ausgegangen, dass man ein Geschehnis aufarbeiten muss, das unsere Gesellschaft bis in die heutige Zeit nachhaltig bewegt. In der Diskussion habe ich jetzt verfolgt, dass immer wieder Schuldzuweisungen stattfinden. Diese Schuldzuweisungen führen zu überhaupt nichts, weder heute noch in der Zukunft. Wenn es etwas aufzuarbeiten gilt, dann, dass genau dieses Trial-and-Error-Prinzip nicht nur die Parlamente, die Parteien und die Kommunen betroffen hat, sondern vor allem die Menschen per se. Das gilt es mit all den Erfahrungen aufzuarbeiten, die wir gemacht, und mit all den Beiträgen, die wir noch zu leisten haben, aber auch mit der Klarstellung, dass nicht die einen immer und die anderen nie recht hatten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die AfD behauptet, sie hätten von Anfang an gegen die Maßnahmen gestimmt, stimmt das nicht.

(Matthias Vogler (AfD): Nein, nicht von Anfang an, aber sehr früh!)

Ihr expedierter damaliger Fraktionsvorsitzender, der jetzt im Bundestag sitzt, hat Kaiser Wilhelm II. zitiert und gesagt, er kenne keine Parteien mehr, er kenne nur noch Deutsche, und es gehe jetzt um die Bekämpfung der Pandemie.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Bei der Verabschiedung des Bayerischen Infektionsschutzgesetzes haben Sie auch mitgestimmt. Dieses ist niemals angewandt worden. Niemand ist frei von Schuld. Dazu

muss man nicht in die Bibel schauen, sondern sich die Historie dieser Entscheidungen zu Gemüte führen.

Auch die Behauptung, der Landtag hätte immer zugestimmt, stimmt eigentlich gar nicht; denn trotz der Verordnungsmacht, die wir der Staatsregierung zugestanden haben, haben wir stets eingefordert, zumindest zu hören, welche Maßnahmen getroffen werden. Es ist vonseiten der Staatsregierung sehr schnell uminterpretiert worden, dass die Mehrheitsentscheidungen irgendeine Auswirkung auf die Entscheidungen und Maßgaben hätten. Im Gegenteil: Teilweise ist die Verordnung viel zu spät gekommen. Als das Plenum schon eröffnet worden war, sind die ersten Entwürfe erst vorgelegt worden. Auch die folgende Frage ist wichtig: Wie organisiert man es künftig, das Parlament bei derartig tief in Grundrechte eingreifende Regelungen echt zu beteiligen? – Diese Frage müssen wir aufarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren hat uns in jüngster Zeit die mit den Corona-Maßnahmen verbundene Verhängung von Bußgeldern beschäftigt. Man war hart und hat Bußgelder verhängt. Diejenigen, die Bußgelder bezahlt haben, sind durch die Mehrheitsentscheidung in diesem Haus düpiert worden, dass diejenigen, die die Bußgelder nicht gezahlt haben, nicht mehr zahlen müssen. Das ist keine gute Situation.

Wenn man jemanden fragt, wie er sich fühlt, muss man das mit einem Bürgerrat machen, der zwar nicht in der Verfassung vorgesehen, aber auch nicht verfassungswidrig ist. Die SPD-Fraktion hat dazu am 24.04.2024 einen detaillierten Vorschlag gemacht: Der Bürgerrat sollte aus 40 Personen bestehen, die durch gewisse Auswahlverfahren, unter anderem per Zufall, ausgewählt werden. Es sollte die Möglichkeit bestehen, Experten beizuziehen. Außerdem sollte Öffentlichkeit gewährleistet sein und ein Abschlussbericht erfolgen.

Dies hätte aus unserer Sicht nichts mit Bürokratie zu tun. Es geht vielmehr darum, die Aufarbeitung der Corona-Pandemie zu wagen, gegenseitige Schuldzuweisungen

unterbleiben zu lassen, für die Zukunft Mut zu fassen, Dinge gemeinsam anzugehen und nicht immer gleich für sich zu verbuchen, dass man etwas besser weiß oder die härtesten bzw. weichsten Maßnahmen verhängt. Die Gesellschaft verlangt, dass sie am politisch-parlamentarischen Prozess beteiligt wird. Das beinhaltet der Antrag der GRÜNEN zumindest teilweise. Deshalb werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Matthias Vogler von der AfD vor.

Matthias Vogler (AfD): Herr Kollege Arnold, ich möchte eine kurze Berichtigung Ihrer Falschaussage vornehmen: Ich habe nicht gesagt, dass wir von Anfang an dahinterstanden, sondern von "sehr früh" gesprochen. Vielleicht kennen Sie den Unterschied von "sehr früh" und "von Anfang an" nicht. Das kann durchaus sein, aber als Jurist sollten Sie den Unterschied eigentlich kennen. Das will ich klarstellen.

Natürlich war es so, dass am Anfang keiner, egal ob Bundesland oder Bund, wusste, was kommt. Aber nach kurzer Zeit war klar, was kommen wird. Deswegen haben wir unsere Meinung auch dahin gehend revidiert und hatten damit letztendlich auch recht.

Horst Arnold (SPD): Wenn Sie mir Falschaussagen unterstellen, muss ich Ihnen sagen: Ihre Behauptung, es hätte eine Impfpflicht gegeben, ist eine Falschaussage.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Gab es keine einrichtungsbezogene Impfpflicht?)

Wenn Sie behaupten, nur Sie und Bürgerproteste hätten eine Impfpflicht verhindert, ist das eine Falschaussage. Wir haben im Bundestag und andernorts verfassungsrechtlich darüber diskutiert, ob ein Zwang so weit gehen kann, dass der Staat vorschreibt, dahin gehend einzugreifen. Der Bundestag hat danach mehrheitlich so entschieden. Es ist also gut, dass wir ein parlamentarisches System haben.

Ich will auch nicht sagen, dass Sie von Anfang an dagegen waren. Aber die Dramatik, mit der Sie damals durch das Zitat der Rede Kaiser Wilhelms II. 1914 zum Ersten Weltkrieg aufgetreten sind, zeigt, dass es Ihnen von Anfang an nur um Effekte ging.

(Zuruf von der AfD)

Wenn Sie sehen, dass der Zug in eine ganz andere Richtung läuft, sind Sie sich nicht zu schade, ganz schnell auf diesen Zug aufzuspringen und zu sagen: Das ist der AfD-Zug. Solche Züge dürfen nicht fahren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Arnold. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist damit abgelehnt.